

# Wir fragen - ihr antwortet

Antwort Provinz Sachsen auf die Anfrage  
in der Nummer 3:

Es ist richtig, daß in der Stadt Halle bisher nur sehr wenig getan wurde, um die Stadt freizumachen von Trümmern und Schutt. Wir wissen, daß es dafür eine Reihe von technischen Schwierigkeiten gab. Die Hauptursache liegt jedoch bei dem Unvermögen des Städtischen Bauamtes Halle, die Dinge wirklich energisch anzupacken. Die Provinzleitung der Sozialistischen Einheitspartei hat deshalb zusammen mit dem FDGB und dem Hilfswerk für die Provinz Sachsen einen Plan aufgestellt für die Schaffung von neuem Wohnraum und für die Beseitigung der Trümmer. Unter der Losung „Aufräumen und Auf-

bauten“ hat nun seit einigen Tagen wirklich das Aufräumen und Neu aufbauen begonnen. In einem Aufruf „Fort mit dem Wöhaungselend“ wird die gesamte Bevölkerung zum Aufbau der zerstörten Häuser und Wohnungen aufgefordert. Ein genauer Organisationsplan ist aufgestellt, nachdem die Teilnehmer und ihre Arbeitszeit konkret festgelegt wurden. Alle Funktionäre und Mitarbeiter des Provinzvorstandes der SED, an der Spitze die Genossen Koenen und Böttge, haben am 9. 7. 46 die Arbeit begonnen. Von nun an werden Betriebe und Ämter, der Betriebsgruppen der SED an der Spitze, auf räumen und neubauen, um die Voraussetzungen für die Überwindung der Wohnungsnot auch in der Stadt Halle zu schaffen.

*Einicke, Mitglied des Provinzialsekretariats der SED*

Nachwort der Redaktion: Auch der verantwortliche Stadtbaurat des Magistrats Halle hat auf die Anfrage in Nr. 3 geantwortet. In dem Schreiben heißt es: „Die Behauptung, Halle sei in der Trümmerräumung rückständig, muß sowohl an und für sich wie auch im Vergleich zu anderen Städten als unrichtig bezeichnet werden.“ Wir überlassen einen Vergleich der beiden vorstehend wiedergegebenen Äußerungen dem Leser.



*Die Genossen Bernard Koenen, Walter und Böttge von der Landesleitung der SED der Provinz Sachsen auf dem Wege zur freiwilligen Aufräumungsarbeit in Halle (Foto: Volksbildungsamt Stadt Halle, Fotogruppe)*

Antwort ans Köln auf die Anfrage in  
Nummer 3:

Im März 1946 wurde aus drei Kölner Betrieben heraus ein gemeinsames Komitee von Sozialdemokraten und Kommunisten geschaffen, das sich zum Ziel setzte, die Vereinigung von SPD und KPD zu propagandieren. Aus diesem Komitee entstand im Laufe des Monats April ein Einheitsausschuß von Sozialdemokraten und Kommunisten für 17 Kölner Betriebe, die zum Vereinigungsparteitag einen Kommunisten und einen Sozialdemokraten delegierten. Am 5. Juni 1946 wurde dann auf einer Konferenz von Vertretern Kölner Betriebe ein Organisationsaus-

schuß von Sozialdemokraten und Kommunisten zur Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gebildet. Dieser Ausschuß setzt sich aus zehn Sozialdemokraten und zehn Kommunisten zusammen. Der Ausschuß stellte sich das Ziel, nicht eine Sozialistische Einheitspartei Deutschlands nur aus KPD und Indifferenten, die in großen Massen zu ihm stoßen, zu schaffen, sondern die wirkliche Verschmelzung von SPD und KPD vorzubereiten.

*N.Sch.*

*Weiter wird uns dazu geschrieben:*

Der Widerstand gegen den Organisationsausschuß war stärker als an-

fänglich erwartet. Das zeigte sich besonders, als der Organisationsausschuß den Antrag stellte, am 22. Juli eine Großkundgebung in Köln zu veranstalten, auf der die Vorsitzenden der SED, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, sprechen sollten. Dagegen wurde die Bildung eines „Sozialistischen Versammlungskomitees“ genehmigt, das auch die Erlaubnis erhalten hat, die Pieck-Grotewohl-Kundgebung in Köln durchzuführen. Auch die Vorstände der SPD stellten sich dem Wirken des Organisationsausschusses entgegen. Dieser Sachlage und der Notwendigkeit der Schaffung einer Mehrheit der sozialistischen Arbeiterparteien bei den kommenden Kommunalwahlen Rechnung tragend, hat der Organisationsausschuß in seiner Sitzung vom 11. Juli 1946 beschlossen, sich in eine „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Arbeiterparteien“ umzuwandeln. In ihrer Entschließung fordert diese Arbeitsgemeinschaft ihre zahlreichen Anhänger und die vielen Tausende Unterzeichner der Listen für die Arbeitereinheit auf, „ihre ganzen Kräfte dafür einzusetzen, die Zusammenarbeit aller Sozialdemokraten und Kommunisten zu fördern und in allen Betrieben, in allen Wohngebieten bis ins letzte Haus hinein die werktätige Bevölkerung für die Erzielung einer sozialistischen Mehrheit bei den Kommunalwahlen zu gewinnen“.

Die Entschließung schließt mit der Losung: „Schluß mit dem Bruderkampf. Nur in der Einheit liegt unsere Kraft. Allee für den sozialistischen Wahlsieg!\*" Z.

Antwort aus Groß-Hessen auf Frage in  
Nummer 3t

Auch bei uns wird mit dem Wiederaufbau begonnen. Der Kreis Groß-Gerau hat ein großzügiges Wiederaufbauprogramm entwickelt, welches nach seinem Anlauf unbedingt die Gewähr dafür bietet, daß die Wirtschaft wieder in Gang kommt.

Auch die Gemeinde Idstein hat bezüglich Industrialisierung und Lösung der Flüchtlingsfrage einen Plan aufgestellt, der erfolgversprechend in Angriff genommen wurde. Im Bergbaugbiet finden zur Zeit im Kreis Lauterbach Probeschürfungen nach festgelegten Braunkohlenvorkommen statt. Gleichfalls wurde angeregt, in Groß-Hessen befindliche, stillgelegte Kupfergruben wieder in Betrieb zu setzen. Ein größeres Schwerspatwerk in Nord-Hessen soll aus dem I.G.-Konzern herausgeschält und in ihm wieder mit dem Abbau begonnen werden. Viele Brücken Instandsetzungen und Wiederherstellungsarbeiten von Verkehrsvorrichtungen gehen auf die Alternative unserer Partei zurück. Bei all diesen Vorhaben stützte sich die Partei hauptsächlich auf die fortschrittlichen Kräfte bei den Behörden und sonstigen Dienststellen.

*KPD Frankfurt*